

SPD-Kreisverband Ostalb

Beschluss des SPD-Kreisvorstands im Mai  
2020

**Soziale Folgen der Corona-Pandemie –  
Kinder und Familien in den Fokus nehmen!**



Das Covid-19-Virus bestimmt unseren privaten wie beruflichen Alltag. Die ersten Schritte aus dem Ausnahmezustand sind gemacht, doch wissen wir alle noch nicht, wann wir zur gewohnten Normalität zurückkehren können.

In den Familien werden seit Monaten Homeoffice, Homeschooling sowie die Betreuung von Kindern und/oder Angehörigen parallel bewältigt. Oft geht dies mit existenziellen Sorgen durch verringerte Einkommen aus Kurzarbeit oder Kündigungen einher. Die Grenzen der Belastbarkeit für Eltern und ihre Kinder sind erreicht. Besonders betroffen sind die Alleinerziehenden, die auf sich allein gestellt die Gesamtverantwortung tragen müssen.

Auf dem Weg zurück in die Normalität ist es daher unumgänglich den Fokus auf die gravierenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Familien zu legen.

Wochenlange Maßnahmen der Kontaktbeschränkungen, Schließungen der Kitas, Schulen und Vereinsangebote bleiben für die Kinder nicht ohne Folgen. Die jüngsten Öffnungen und Erweiterungen auf Bundes- und Landesebene sind angesichts der hohen Belastungen begrüßenswert.

Es muss auch gewährleistet werden, dass einerseits der Gesundheitsschutz erhalten bleibt, und andererseits bei den Lockerungen die sozialen Folgen der Pandemie berücksichtigt werden.

Aktuell tragen bei all den Lockerungsmaßnahmen die Familien wieder die Hauptlast. Und das muss sich ändern. Das Homeoffice auf den Spielplatz zu verlagern ist keine Lösung. Die Vereinbarkeit der Mehrfachaufgaben von Betreuung, Pflege, Homeschooling und Homeoffice bleibt auf unbestimmte Zeit weiter bestehen. Die Ungewissheit, wann sich hierzeitlich etwas ändert, ist für Erwachsene und Kinder äußerst belastend.

Besonders gravierend ist dies für alle, die in schwierigen häuslichen/familiären Verhältnissen leben. Wir haben große Befürchtungen, dass es zu einem Anstieg von Gewalt kommt. Bei Kindern sind zudem sämtliche Frühwarnsysteme wie Kita, Schule oder Verein weggefallen und sie bleiben mit ihren Sorgen und Ängsten allein.

Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern trifft die Corona-Pandemie besonders hart. Sie haben oft keine digitalen Endgeräte zur Verfügung und/oder keine Eltern, die ihnen bei der online-Kontaktaufnahme zu ihren Lehrkräften oder Betreuungspersonen helfen können. Gerade hier ist der eingeschränkte Kontakt kaum zu kompensieren. Darüber hinaus ist im ländlichen Raum nicht immer eine ausreichende Breitbandversorgung gegeben.

Das Recht auf Bildung für alle ist zurzeit nicht mehr gewährleistet. Das ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht hinnehmbar. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf Bildungs- und Chancengerechtigkeit, unabhängig vom Geldbeutel und Wohnort der Eltern. Darum kämpfen wir für das Recht auf Bildung für alle, unabhängig vom sozio-ökonomischen Hintergrund!

Familien und Kinder dürfen auch bei der schrittweisen Öffnung der Kita- und Schulbetriebe nicht allein gelassen werden. Es bedarf der genauen Analyse der Situation und passgenaue Unterstützungsangebote.

Familien, die am Rande der psychischen und sozialen Belastungsgrenze angekommen sind, brauchen verlässliche Perspektiven für eine wirkliche Entlastung.

Auch während der Covid-19-Pandemie ist es unerlässlich, sich mit deren Folgen auseinanderzusetzen. Daher fordert die Ostalb-SPD vom Land Baden-Württemberg:

- 1) Die Weiterentwicklung der begonnenen schrittweisen Öffnungen von Kitas: Vorrang sollen dabei Kinder von berufstätigen Alleinerziehenden, Kinder mit Behinderungen, Vorschulkinder und Kinder aus besonders belasteten Familien haben. Kommunen und Einrichtungen brauchen dringend mehr Entscheidungsspielräume und eine bessere finanzielle Ausstattung.
- 2) Kitas brauchen eine bessere personelle, organisatorische und finanzielle Unterstützung, um die notwendige schrittweise Öffnung stemmen zu können. Die Aspekte des Kindeswohls und des Förderbedarfs müssen Vorrang haben. Wenn die Wirtschaft wieder hochfahren soll, sind wir auf die Betreuungsplätze angewiesen. Daher muss dafür gesorgt werden, dass dies nicht zu Lasten der Kinder und ihrer Erzieherinnen und Erzieher geht.
- 3) Die Schulen brauchen für die Schaffung von pädagogisch sinnvollen Konzepten zur Verzahnung von Präsenzphasen und individuellen Online-Lernmöglichkeiten eine bessere personelle, organisatorische und finanzielle Unterstützung.
- 4) Kinder, die der Risikogruppe angehören, benötigen sinnvolle Lösungen, die ihnen die Teilnahme am geöffneten Schulbetrieb ermöglichen. Auch ihnen muss das Recht eingeräumt werden, Prüfungen abzulegen und Lerninhalte nachzuholen.
- 5) Öffnung der Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Die Nachmittagsbetreuung müsste durch zusätzliche „pädagogische Assistenten/innen“, z.B. Studenten/innen oder ehemalige Lehrkräfte, vorgenommen werden, die von der Kommune oder dem Land bezahlt werden. Die „noch verbliebenen“ Lehrkräfte, die keiner Risikogruppe angehören, können das nicht zusätzlich leisten.
- 6) Kinder, die kein Endgerät in Form eines Tablets oder Laptops/PC haben, müssen vom Land damit ausgestattet werden. Als Sofort-Hilfsmaßnahme sollen laut Aussage der Kultusministerin 300.000 Laptops und Tablets für benachteiligte Schüler/innen in Baden-Württemberg angeschafft werden, die dann ausgeliehen werden können. Hier muss nicht nur die Anzahl der Geräte kräftig erhöht, sondern es müssen vor allem die Vergabekriterien genau definiert werden. Das Land hat aus Bundesmitteln 65 Mio. € zur Verfügung, die mit derselben Summe vom Land nochmals aufgestockt werden müssen. Außerdem verlangen wir vom Land, schnellstmöglich die Mittel aus dem Digitalpakt des Bundes abzurufen und endlich einzusetzen. Die digitale Ausstattung der Schulen in Baden-Württemberg wird im Moment von den meisten Schulleitungen als katastrophal empfunden.
- 7) Schaffung von Angeboten zur gesonderten Unterstützung (Förderunterricht) für Kinder mit Lernschwierigkeiten in kleinen Lerngruppen sowie an

gesonderten Lernangeboten und Betreuungsmöglichkeiten während der Sommerferien.

- 8) Wiedereinführung des „Lernbegleitungsprogramms“, um Kinder durch individuelle Begleitung von Personen aus dem schulischen Umfeld zu unterstützen, den versäumten Lernstoff nachzuholen.
- 9) Die zielgerichtete und koordinierte Umsetzung einer landesweiten Lernplattform für alle Schulen. Das „Ella-Debakel“ von Kultusministerin Eisenmann aus dem Jahr 2019 mit einem Millionendefizit darf sich nicht wiederholen.
- 10) IT-Management an den Schulen muss hauptamtlich besetzt sein. Die Digitalisierung der Schulen kann nicht durch Lehrkräfte „nebenher“ umgesetzt werden, die dies ehrenamtlich und zusätzlich stemmen.
- 11) Für das E-Learning braucht es eine einheitliche Vorgabe aus dem Kultusministerium. Der aktuelle Zustand, dass Lehrkräfte auf sich allein gestellt sind und somit persönlich die Verantwortung für den Datenschutz und die damit verbundene Haftung tragen müssen, ist nicht akzeptabel.
- 12) Sofortiger Ausbau der Schulsozialarbeit und psychologischer Beratungsstellen an den Schulen. Hier gilt es zu den persönlichen Gesprächen die Angebote der Telefon- und Onlineberatungen pädagogisch sinnvoll auszubauen.

Das Kultusministerium muss endlich klare, verbindliche und verlässliche Entscheidungen treffen und seiner Verantwortung für Schulen und Kitas gerecht werden. Die Pädagoginnen und Pädagogen dürfen nicht weiterhin bei der Bewältigung der Corona-Pandemie auf sich allein gestellt sein.

Das gilt auch für den Bereich der Kitas. Das Kultusministerium muss auch hier verbindliche Verordnungen bezüglich der Öffnungen zeitnah und mit einer realistischen Möglichkeit der Umsetzung an die Kommunen, die mit der örtlichen Bereitstellung und Organisation völlig allein gelassen werden, vorlegen. Ankündigungen über die Presse lehnen wir ab und fordern die Rückkehr zur Sacharbeit.

#### Wir fordern zudem außerinstitutionelle Ansätze zur Entlastung von Familien.

- 1) Wie lange die Pandemie-Verordnungen gelten, können wir alle nicht abschätzen. Daher ist es wichtig, rasch Konzepte zu entwickeln, die Kindern Kontakt untereinander ermöglichen, die sie dringend für ihre Entwicklung benötigen, ohne dabei das Infektionsrisiko zu erhöhen. Hier geht es vorrangig darum, Familien in gleichen Formationen und kleinen Gruppen, eine gemeinsame Freizeitgestaltung und/oder Kinderbetreuung zu organisieren, sowie den Kontakt zu Gleichaltrigen und Bezugspersonen herzustellen. Solche Lösungen können die Kommunen am besten vor Ort gemeinsam mit den örtlichen Trägern ausgestalten, gemeinsam mit Familienzentren, Sozialverbänden wie der AWO, Kirchen, etc.
- 2) Planung und Gestaltung sozialräumlicher Zusammenarbeit muss gestärkt und die Entwicklung von Konzepten mit Familienbildungsstätten, Stadtteiltreffs und Vereinen gefördert werden. Leerstehende Räume oder Grünanlagen können reguliert für Familien genutzt werden. Das Land kann dafür den Rahmen schaffen und diese Projekte fördern.

- 3) Von Vereinen und Organisationen vorbereitete Stadtranderholungen, Zeltlager und Ferienprogramm werden in diesem Jahr besonders wichtig für die Kinder, Jugendlichen und deren Eltern sein. Alle Beteiligten haben derzeit keinerlei Planungssicherheit und die Landesregierung muss endlich Klarheit schaffen, ob bzw. unter welchen Hygiene- und Abstandsregelungen diese Angebote durchgeführt werden können.
- 4) Neue Formen der Nachbarschaftshilfe andenken. Die Corona-Krise hat vielerorts unglaubliches Engagement hervorgerufen und nun gilt es, dieses auch zur Verarbeitung der Pandemie-Folgen politisch wie institutionell aufzugreifen und zu unterstützen.

Kinder und Familien in besonders prekären Lebensverhältnissen benötigen eine besonders sensible und passgenaue Unterstützung. Uns ist es daher wichtig:

- 1) Kinder, deren Eltern bereits vor der Pandemie von sozialen und/oder psychischen Belastungsstörungen betroffen waren, drohen unter das Radar der allgemeinen Pandemie-Verordnungen zu geraten. Die Unterstützungsangebote von Jugendämtern und Sozialverbänden müssen daher dringend verstärkt werden.
- 2) Kinder brauchen für die gesunde Entwicklung ihrer Persönlichkeit Orte der Begegnung und Entfaltung wie Kitas, Schule oder den Freizeitbereich. Welche Langzeitfolgen die Kontaktbeschränkungen und Schließungen der Angebote haben werden, können wir heute noch nicht abschätzen. Hier muss es eine Langzeitstudie unter Einbezug der Betroffenen sowie handelnden Akteure geben. Aufgrund der Ergebnisse muss ein Bündel von Maßnahmen und Leitlinien entwickelt und zur Umsetzung gebracht werden.
- 3) Die Bedarfe besonders betroffener Familie werden sich unter der Pandemie dramatisch ändern. Hier müssen alle politischen Akteure besonders sensibel vorgehen und passgenaue Lösungen gemeinsam mit allen beteiligten Trägern von Hilfs- und Unterstützungsangeboten erarbeiten.

Die Koordination und Umsetzung unserer Forderungen benötigt eine eigene Struktur, die sowohl Forderungen an die zuständigen politischen Entscheidungsebenen stellt und spezielle Maßnahmen für die Bedarfe der betroffenen Menschen im Ostalbkreis entwickelt. Daher fordern wir zusätzlich:

**Die zeitnahe Einsetzung einer Task-Force auf Landkreisebene, die sich mit den sozialen Folgen der Corona-Pandemie auseinandersetzt und einen zielgruppenspezifischen Maßnahmenkatalog mit dem Schwerpunkt auf die Lebenswelten von Kindern und Familien entwickelt.**